

Änderungsanträge zu LTW 5

LTW 5 - 6

Zeile 6: einfügen:

Beim Einfluss von Lobbyisten auf die Politik sorgen wir für Transparenz und setzen klare Grenzen.

AntragstellerIn: KV Karlsruhe, KV Karlsruhe-Land, KV Ettlingen (Beschluss der KMV vom 17.11.10)

Begründung: Das Thema Lobbyismus muss im Programm einen Platz finden!

LTW 5 - 8

Zeile 8: streichen: Wir wenden uns gegen jede Form von Extremismus und werben für die Werte einer freiheitlichen Demokratie.

AntragstellerIn: KV Karlsruhe, KV Karlsruhe-Land (Beschluss der KMV vom 17.11.10), Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Begründung:

Der Extremismus-Begriff wird politisch von der rechten Seite ausgeschlachtet; alles Kritische oder gar Widerständige darunter gefasst und verurteilt. Dazu zählen auch BaumbesetzerInnen im Stuttgarter Schlosspark oder GleisbesetzerInnen im Wendland. Und darunter fallen besonders schnell Grüne, bzw. alle, die mit sozialen Bewegungen zusammen arbeiten oder demonstrieren. Wenn wir das weiterhin tun, nicht in die mainstream-Mitte geraten und auch in Zukunft eine Politik mitgestalten wollen, die den Verhältnissen eine andere Zukunft entgegen setzt, sollten wir uns nicht vorschnell in dieser Form bekennen. Ähnlich sieht es mit der "freiheitlichen Demokratie" aus. Wir haben Basisdemokratie als Ziel gesetzt und nicht eine liberale Demokratie. Ersteres sollte am Ende eine radikale Demokratisierung der ganzen Bevölkerung bedeuten, letzteres bleibt einer parlamentarischen StellvertreterInnen-Demokratie verhaftet.

LTW 5 – 65

Zeile 65: einfügen:

Insbesondere die Übermittlung der Datensätze von ca. 40 Mio. Beschäftigten an die Zentralstelle der Rentenversicherer zum Zwecke des Bürokratieabbaus im Rahmen des elektronischen Entgeltnachweisverfahrens ELENA halten wir im derzeitigen Umfang für unverhältnismäßig. Es handelt sich um einen unnötigen und überzogenen Eingriff, wenn z.B. Informationen über Abmahnungen, Kündigungsgründe oder die Teilnahme an Streikmaßnahmen gespeichert werden.

AntragstellerIn: KV Karlsruhe, KV Karlsruhe-Land, KV Ettlingen (Beschluss der KMV vom 17.11.10), Charlotte Schneidewind-Hartnagel (KV Odenwald-Kraichgau) und Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Begründung:

Ich halte es für unbedingt erforderlich, hierzu auch in Kapitel 5 klar Stellung zu beziehen, da es sich bei ELENA um einen von vielen Datenschützern und Verfassungsrechtlern als unzulässig weitgehend eingestuften Eingriff handelt, der einen sehr großen Teil der Bevölkerung unmittelbar betrifft.

LTW 5 - 209

Zeile 209 – 210: streichen: Mit Sorge stellen wir fest, dass Gewalthandlungen aus dem linksextremistischen Spektrum derzeit stark zunehmen.

AntragstellerIn: KV Karlsruhe, KV Karlsruhe-Land, KV Ettlingen (Beschluss der KMV vom 17.11.10)

Begründung:

Der Begriff „Linksextremismus“ ist in der Politikwissenschaft hoch umstritten und keinesfalls klar definiert. Die Medienberichte zur angeblichen Zunahme linksextremer Gewalt zitieren größtenteils den Verfassungsschutz oder Innenminister der CDU bzw. CSU, die sich wiederum auf den Verfassungsschutz berufen. Doch auch der Verfassungsschutz verfügt über keine allgemein anerkannten Kriterien, anhand derer eine halbwegs gesicherte Einstufung einer Gewalttat als „linksextremistisch“ vorgenommen werden könnte. Da der Begriff „Linksextremismus“ somit nicht als geklärt angesehen werden kann, besteht die Gefahr, ihn falsch bzw. zu weit zu fassen und Straf- bzw. Gewalttaten mitzuzählen, die möglicherweise gar nicht politisch motiviert sind und / oder nicht eindeutig dem linken Spektrum zugeordnet werden können.